

über die 34. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 30.01.2018,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00 Ende: 18:18



Anwesenheitsliste

CDU		
Cyrus Bakhtari		
Dr. Thomas Bals		
Heidi Berger		
Susanne Burgdörfer		
Jürgen Doll		
Ralf Eggers		
Rudi Eichhorn		
Susanne Höhlinger		
Andreas Hott		
Dr. Andreas Hülsenbeck		
Peter Lerch		
Rolf Morio		
Georg Schmalz		
Michael Schreiner		
<u>SPD</u>		
Hermann Demmerle		
Klaus Eisold		
Prof. Dr. Hannes Kopf		
Prof. Peter Leiner		
Florian Maier		
Michael Scheid	ab 17.12 Uhr	TOP 2 ö.S.
Heinz Schmitt		
Armin Schowalter		
Magdalena Schwarzmüller		



Aydin Tas			
Hans Peter Thiel			
Monika Vogler			
Bündnis 90/Die Grünen			
Susanne Follenius-Büsso	ow .		
Lukas Hartmann			
Andrea Heß			
Christian Kolain			
Udo Lichtenthäler			
Sophia Maroc			
FWG			
Wolfgang Freiermuth			
Linda Klein			
Hans Volkhardt			
Pfeffer und Salz			
Dr. Gertraud Migl			
Jakob Wagner			
<u>Parteilos</u>			
Bertram Marquardt			
<u>AfD</u>			
Jürgen Sauer			
<u>Vorsitzender</u>			

Thomas Hirsch



<u>Bürgermeister</u> Dr. Maximilian Ingenthron <u>Beigeordneter</u> Rudi Klemm <u>Berichterstatter</u> **Christine Baumstark** (Hauptamt) Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb) Michael Götz (Gebäudemanagement) Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung) Christoph Kamplade (Stadtbauamt) Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung) <u>Sonstige</u> Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim) Sandra Diehl (Leiterin Pressestelle) Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim) <u>Schriftführer</u> Markus Geib <u>Entschuldigt</u> CDU Bernhard Löffel <u>SPD</u> Sonja Baum-Baur



D	11	مرم مردن ا	DI:
Dr.	Hans	Jürgen	Blinn

<u>FWG</u>

Michael Dürphold

<u>FDP</u>

Jochen Silbernagel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

<u>Der Vorsitzende</u> bat darum, den Punkt 8 der nichtöffentlichen Sitzung von der Tagesordnung zu nehmen, da hier noch interner Beratungsbedarf bestehe.

Der Stadtrat stimmte der Absetzung von der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>

- 1. Einwohnerfragestunde
- 2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Optimierung und Verdichtung des innerstädtischen Nahverkehrs Vorlage: 101/401/2018
- 3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung einer Ehrenamtskarte für die Stadt Landau Vorlage: 101/402/2018
- 4. Neuwahl der Ausschüsse Vorlage: 100/238/2018
- 5. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: 100/237/2018
- 6. Vergabe von Grünflächenpflegearbeiten für das Jahr 2018 Vorlage: 350/097/2018
- 7. Asphalthocheinbau Impflinger Straße K7 (freie Strecke) in Landau-Mörzheim, Vergabe der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten Vorlage: 680/161/2018
- Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung) Vorlage: 860/361/2018
- 9. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

<u>Ein Einwohner</u> sprach die Problematik der Saatkrähen an. Er sei gespannt, wie die Vergrämungsmaßnahmen greifen würden.

<u>Der Vorsitzende</u> entgegnete, dass die Saatkrähen in diesem Winter gar nicht richtig weg gewesen seien. Vor den Vergrämungsmaßnahmen müsse man erstmal ein langfristiges Konzept erstellen, für das Mittel in den Haushalt eingestellt seien.

<u>Eine Einwohnerin</u> wollte wissen, an wen sie sich wenden müsse, wenn sie an einem Naturdenkmal ein Schild anbringen wolle. Konkret gehe es um einen Nußbaum in der Gemarkung Landau-Südwest, der in der Karte als Naturdenkmal eingetragen sei.

Beigeordneter Klemm bat darum, ihm dieses Anliegen vorzutragen.

<u>Ein weiterer Einwohner</u> bat um Auskunft, ob bei der Verkehrsanalyse auch die Parkraumanalyse beinhaltet sei.

<u>Der Vorsitzende</u> bestätigte, dass dies Bestandteil des zu erstellenden Mobilitätskonzeptes sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Prüfung einer Optimierung und Verdichtung des innerstädtischen Nahverkehrs

<u>Der Vorsitzende</u> verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 2. Januar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Landau sei eine wachsende Stadt, dies sei eine positive Entwicklung. Dies stelle uns aber auch vor Herausforderungen, die zu bewältigen seien. Eine dieser Herausforderungen sei das Thema Mobilität. In 2 Jahren sei eine Ausschreibung für das Linienbündel ÖPNV vorgesehen. Daher sei es jetzt der richtige Zeitpunkt, um das Thema jetzt zu prüfen. Es gelte verschiedene Optionen zu untersuchen wie zum Beispiel eine enggetaktete innerstädtische Linie, die Anbindung der beiden Uni-Standorte, die Anbindung des Horstgebietes und der Ortsteile. Es sollte uns hier ein großer Wurf gelingen, da die Anforderungen an die Mobilität steigen würden. Daher sei der ÖPNV ein wesentlicher Eckpfeiler um bei wachsendem Bedarf entsprechende Angebote bieten zu können.

<u>Der Vorsitzende</u> erklärte, dass man von Seiten der Verwaltungsspitze auf eine deutliche Ausweitung des ÖPNV-Angebotes hinarbeite. Man empfehle, den Antrag bei den Beratungen zum Mobilitätskonzept mit aufzurufen.

<u>Ratsmitglied Eisold</u> begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag, der Eingang finden müsse in das Mobilitätskonzept. Ein schwieriger Punkt werde sicher die Finanzierung.

Ratsmitglied Lichtenthäler zeigte sich positiv überrascht über den Antrag. Der Antrag gehe in Richtung eines Stadtbussystems. Wenn man dies mache, müsse man drei Punkte beachten. Zum einen werde das richtig Geld kosten und es müsse ein einheitlicher Wille des Rates, des Einzelhandels und der Bürger da sein. Zudem müsse man den Individualverkehr ein Stück weit ausbremsen. Im Hinblick auf die derzeit laufende Aufstellung des Mobilitätskonzeptes komme der Antrag sicher zum richtigen Zeitpunkt. In dem Beirat Mobilität sei allerdings der Nahverkehr bisher kein Thema gewesen. Wenn der Wille da sei, dass es in diese Richtung gehe, dann seien die Grünen dabei.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass ein Ausbau des ÖPNV zu begrüßen sei. Zuerst müsse aber eine Schwächeanalyse des bisherigen Systems erfolgen. Davon lasse sich aber auch die Parksituation nicht trennen und man müsse nach den Kosten fragen. Vielleicht müsse man in dem Zusammenhang auch über kleinere Busse nachdenken. Grundsätzlich begrüße die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag.

Ratsmitglied Wagner unterstützte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls den Antrag. Es gehe darum den Individualverkehr einzuschränken und den Nahverkehr attraktiv zu gestalten. Der Zeitpunkt sei auch insofern günstig, dass es aktuell eine Vereinbarung der Studentenvertretung zur Einführung eines landesweiten Semestertickets gebe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 2. Januar 2018, im Rahmen der Linien-Neuvergabe für den ÖPNV eine Optimierung und Verdichtung des innerstädtischen



Nahverkehrs zu prüfen, wird in die Beratungen und Prüfungen zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung einer Ehrenamtskarte für die Stadt Landau

<u>Der Vorsitzende</u> verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Demmerle begründete den Antrag. Allen sei bewusst, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement für die Gesellschaft sei. Rheinland-Pfalz belege bundesweit den Spitzenplatz beim ehrenamtlichen Engagement. Bisher würden sich 116 Kommunen an der Ehrenamtskarte beteiligen. Je mehr sich beteiligen, umso mehr Vergünstigungen könnten landesweit angeboten werden und würden die Karte immer attraktiver machen. Landesweit seien derzeit etwa 4.100 Karten ausgestellt. Mit der Einführung der Ehrenamtskarte in Landau wolle man ein Ausrufezeichen setzen, dass das Ehrenamt ein unbezahlbarer Schatz sei. Die Stadt müsse bei mindestens zwei kommunalen Einrichtungen Vergünstigungen einräumen. Zudem sollen Unternehmen hierfür gewonnen werden. Das Land stelle die Ehrenamtskarte aus und mache kostenlos Werbung hierfür. Landesweit gebe es derzeit 540 Vergünstigungen. Er biete an, zusammen mit der Ehrenamtsbörse den gesamten Verwaltungsaufwand zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund bitte er um Zustimmung zu diesem Antrag.

<u>Der Vorsitzende</u> betonte die Wichtigkeit des Ehrenamtes in unserer Stadt. Man beschäftige sich bereits zum dritten Mal mit der Ehrenamtskarte. An den Rahmenbedingungen habe sich aber nichts geändert. Es gehe nicht nur um den Aufwand der Verwaltung, sondern auch um entgangene Einnahmen bei den kommunalen Einrichtungen. Er empfehle abzuwarten, was die Aufsichtsbehörde zur Genehmigung des aktuellen Haushaltes sage und dann bei den Haushaltsberatungen 2019 darüber zu sprechen.

Ratsmitglied Eichhorn unterstrich, dass dies der dritte Anlauf für die Ehrenamtskarte sei. Die Stadt Trier habe trotz schlechterer Haushaltslage von der ADD die Einführung der Ehrenamtskarte genehmigt bekommen. Man müsse eigentlich nicht betonen, dass das Ehrenamt der Kitt der Gesellschaft sei. Es sei dies ein Potential, dass der Staat nie leisten könne. Wissenschaftler hätten einen Wertschöpfungsfaktor der Ehrenamtler von jährlich 200 Millionen Euro alleine in der Pfalz errechnet. Er bitte zu überlegen, ob man den Antrag nicht bereits mit dem Nachtragshaushalt 2018 beraten könne. Bis dahin wäre es auch sinnvoll, bei der Stadt Trier nachzufragen inwieweit die Ehrenamtskarte dort in Anspruch genommen werde.

<u>Ratsmitglied Hartmann</u> erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gegen die Ehrenamtskarte sei. Dies habe nichts mit der Anerkennung zu tun, dass das Solidarsystem ohne Ehrenamt nicht funktionieren würde. Für ihn seien keine neuen Argumente auf dem Tisch. Die Wertschätzung Ehrenamtlicher könne auch anders gezeigt werden.

<u>Ratsmitglied Freiermuth</u> sah den Antrag von Seiten der FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls kritisch. Die Intention des Antrages, das Ehrenamt zu stärken, sei sicher richtig. Man müsse aber auch die Kosten beachten. Letztlich seien es freiwillige Leistungen, was erschwerend hinzukomme.

<u>Ratsmitglied Dr. Migl</u> hatte den Eindruck, dass hier ein Popanz an Gegenargumenten aufgebaut werde. Das Angebot von Herrn Demmerle sei ehrenhaft. Man sollte es



machen, die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu. Wenn Trier das hinbekomme, sollte uns dies auch gelingen.

<u>Ratsmitglied Demmerle</u> erläuterte nochmals, dass der gesamte Verwaltungsaufwand von der Ehrenamtsbörse und von ihm übernommen werden würde. Er bitte nachdrücklich, dies zu prüfen und auch die Kosten gegenüberzustellen.

<u>Der Vorsitzende</u> entgegnete, dass man den Verwaltungsaufwand auf Dauer nicht an einer Person festmachen könne. Er schlage vor, die laufende Haushaltsgenehmigung abzuwarten und dann im Ältestenrat darüber zu sprechen.

<u>Ratsmitglied Eisold</u> bat ebenfalls, die Kosten gegenüberzustellen. Andere Kommunen würden es doch auch machen. Der Rat sollte heute die Verwaltung beauftragen es durchzurechnen.

<u>Ratsmitglied Hartmann</u> stellte die Frage in den Raum, was man bereit sei aus dem freiwilligen Bereich zu streichen, wenn man diese neue freiwillige Leistung eingehe.

<u>Ratsmitglied Freiermuth</u> erinnerte an die Selbstbindung der Fraktionen für jeden kostenintensiven Antrag eine Gegenfinanzierung vorzuschlagen. Dies vermisse er hier. Auch das Land mache es sich hier einfach, produziere Flyer und wir könnten die Kosten tragen.

<u>Der Vorsitzende</u> bat nochmals darum, den Antrag in den Ältestenrat zu verweisen. Sobald die Genehmigung des Haushaltes 2018 vorliege, werde man in der darauffolgenden Sitzung des Ältestenrates diesen Antrag aufrufen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2018, in der Stadt Landau die Ehrenamtskarte einzuführen, wird in den Ältestenrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neuwahl der Ausschüsse

<u>Der Vorsitzende</u> erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. Januar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die Mitglieder der dort aufgeführten Ausschüsse.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Haushaltsjahr 2018

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 11. Januar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es habe seit Jahren die Überlegung gegeben, für die Präsidentschaft ein eigenes Sekretariat an zentraler Stelle zu schaffen. Dies sei aber nur mit halber Kraft verfolgt worden, weil außer bei einer Präsidentschaft der Stadt Landau es nirgendwo zu einem Problem führe. In Baden-Württemberg sei es klar geregelt, dass das Land die Kosten trage egal ob der Präsident von Landes- oder kommunaler Seite gestellt werde. Auch in der Schweiz und in Frankreich sei es unproblematisch. Lediglich in Rheinland-Pfalz ziere sich der Landtag die Kosten zu tragen, wenn ein kommunaler Vertreter die Präsidentschaft habe. Dies müsse man so akzeptieren. Er habe den Präsidenten des Oberrheinrates gebeten, im nächsten Stadtrat über seine Arbeit zu berichten.

<u>Ratsmitglied Eisold</u> erklärte, dass es nicht verständlich sei, dass die Stadt Landau diese Kosten tragen solle. Eigentlich regele doch die Satzung ein Umlageverfahren. Die Frage sei generell, was dies für die Stadt Landau bringe und ob es gut sei, dass wir dies leisten.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass es eine unmögliche Situation sei, dass dies in Rheinland-Pfalz so gemacht werde. Dies sei für Rheinland-Pfalz alles andere als ruhmreich. Wenn man es als Stadt nicht mache, kappe man für die Zukunft die Möglichkeiten für kommunale Vertreter im Oberrheinrat, zum Präsidenten gewählt zu werden. Im Kontext mit der Ehrenamtskarte falle ihm diese Entscheidung auch schwer. Aber dies sei das Grunddilemma in dem man stecke. In Abwägung aller Argumente werde die CDU-Stadtratsfraktion zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

überplanmäßige Mittel in Höhe von 25.000 Euro auf dem Produktkonto 1114.5693 zur Verfügung zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Vergabe von Grünflächenpflegearbeiten für das Jahr 2018

<u>Der Vorsitzende</u> erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 11. Januar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Vergabe von Pflegearbeiten auf städtischen Grünflächen für das Jahr 2018 wie folgt zuzustimmen:

Pflegebezirke Landau-Mitte:

Fa. Rudi Hänlein, Germersheim, Auftragssumme brutto 73.778,83 € Pflegebezirk Landau-Ost::

Fa. Rudi Hänlein, Germersheim, Auftragssumme brutto 72.891,03 € Pflegebezirk Landau-West:

Fa. Borchert GmbH, Ludwigshafen, Auftragssumme brutto 62.148,26 €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Asphalthocheinbau Impflinger Straße K7 (freie Strecke) in Landau-Mörzheim, Vergabe der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten

<u>Der Vorsitzende</u> erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. Januar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

<u>Ratsmitglied Prof. Kopf</u> erklärte, dass dies ein sehr freudiger Anlass sei. Zum einen für die Stadt Landau, weil die Kosten 45 % unter der Schätzung der Stadt liegen. Und zum anderen werde endlich diese Holperpiste der Vergangenheit angehören und die Verkehrssicherheit erhöht.

<u>Ratsmitglied Freiermuth</u> betonte, dass sich der Ortsbeirat Mörzheim über diese Maßnahme freue. Er wundere sich aber über die deutliche Unterschreitung der ursprünglichen Kostenschätzung.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten im Rahmen des Asphalthocheinbaus Impflinger Straße K7 (freie Strecke) in Landau-Mörzheim ist der Firma Theisinger & Probst Bau GmbH, Pirmasens, zu den Preisen ihres Angebotes vom 09.01.2018, das mit einer geprüften Summe einschließlich 19% Mehrwertsteuer in Höhe 215.985,36 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)

<u>Der Vorsitzende</u> verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 9. Januar 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

<u>Bürgermeister Dr. Ingenthron</u> begründete die Vorlage. Der Verwaltungsrat des EWL habe diese Vorlage intensiv beraten und empfehle dem Stadtrat die Zustimmung. Mit der Vorlage werde erreicht, dass man die Rücklagen maßvoll abschmelze und man schaffe ein gerechtes Gebührenmodell.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass man einerseits Fakten habe, die sich aus der Kalkulation ergeben. Die CDU-Fraktion habe dennoch Probleme mit dem großen Preissprung. Auch wenn die neue Vorlage nur noch bei einer Reinigungsklasse eine Steigerung von 30 % vorsehe, habe genau diese Reinigungsklasse seit 2012 eine Steigerung von 100 %. Dies treffe beim Bürger nur schwer auf Akzeptanz. Darum werde sich die CDU-Stadtratsfraktion enthalten, beantrage aber gelichzeitig die Gebührenstruktur und die Entwicklung im Verwaltungsrat zu erörtern.

<u>Ratsmitglied Eisold</u> erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Vorlage ausdrücklich unterstütze. Die Ausgewogenheit der Finanzierung sei dargestellt worden. Es sei klug und richtig gemacht.

<u>Ratsmitglied Freiermuth</u> unterstrich, dass man zeitnaher für eine Kostendeckung sorgen müsse.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 15 Enthaltungen:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)" des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Hartmann sprach den Ideenwettbewerb zum Weißquartierplatz an. Es sei richtig, dass der Bauausschuss diesen beschlossen habe. Er habe aber auch beschlossen, dass man erst über politische Leitlinien spreche. Es nicht so zu machen, halte er für falsch. Bündnis 90/Die Grünen könnten an einem Ideenwettbewerb um das schönste Parkhaus zu küren nicht teilnehmen. Erst politische Diskussion, dann Ideenwettbewerb.

<u>Der Vorsitzende</u> teilte mit, dass die Bürgerinitiative mitgeteilt habe, dass sie sich an dem Wettbewerb beteilige. Er halte dies für ein gutes Zeichen.

<u>Bürgermeister Dr. Ingenthron</u> ergänzte, dass die Leitlinie das Innenstadtentwicklungskonzept sei. An diesem orientiere man sich und setze das so beschlossene auch um.



Die Niederschrift über die 34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 30.01.2018 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 96.

Beigeordneter

Vorsitzender	Gesehen:	
Thomas Hirsch Oberbürgermeister	Dr. Maximilian Ingenthron Bürgermeister	
Markus Geib	Rudi Klemm	

Schriftführer